

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

## Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. Februar 1976	Nummer 15
--------------	--	-----------

### Inhalt

#### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203033	2. 2. 1976	RdErl. d. Innenministers Erholungsurlaub . . . . .	222
203637	2. 2. 1976	RdErl. d. Finanzministers G 131; Ausführungsbestimmungen zu § 56 Abs. 1, 2 (Beihilfen und Unterstützungen – AB zu § 56 G 131 –) . . . . .	222
2128	2. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Frühdiagnose der Mucoviscidose – Cystische Fibrose –; Untersuchungen bei Neugeborenen . . . . .	222
21504	6. 2. 1976	RdErl. d. Innenministers Ausrüstung des Luftschutzhilfsdienstes; Instandsetzung, Aussortierung und Ersatzbeschaffung . . . . .	222
2160	3. 2. 1976	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe . . . . .	222
2313	2. 2. 1976	RdErl. d. Innenministers Veröffentlichungen zu städtebaulichen Maßnahmen . . . . .	225
302 304	2. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Dienstsiegel und Dienststempel im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	225
71110	4. 2. 1976	RdErl. d. Innenministers Betrieb oder Änderung von Schießstätten gem. § 44 WaffG; Sachverständige . . . . .	227
8054	21. 1. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales	227
8055		Silikosegefahr bei künstlich gebundenen Schleifkörpern mit Quarz als Schleifmittel . . . . .	227
		Blei- oder antimonhaltige Füllstoffe in Schleifkörpern . . . . .	227
8300	30. 1. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Feststellung eines Minderverdienstes bei der Prüfung einer besonderen beruflichen Betroffenheit nach § 30 Abs. 2 BVG . . . . .	227
8301	27. 1. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferfürsorge; Berechnung des Übergangsgeldes für ehemalige Soldaten nach den §§ 26, 26a BVG . . . . .	227
9210	30. 1. 1976	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Richtlinien für die Prüfung der körperlichen und geistigen Eignung von Fahrerlaubnisbewerbern und -inhabern (Eignungsrichtlinien) . . . . .	228
924	4. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße . . . . .	228

#### II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
30. 1. 1976	<b>Innenminister</b> Bek. – Anerkennung einer Atemschutzmaske . . . . .	231
5. 2. 1976	<b>Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales</b> Bek. – Liste der nach § 46 Abs. 1 der Ersten Strahlenschutzverordnung und § 42 der Röntgenverordnung ermächtigten Ärzte . . . . .	231
	<b>Justizminister</b> Berichtigung zur Bek. d. Justizministers v. 8. 1. 1976 (MBI. NW. S. 119) Geschäftsverteilungsplan des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen für das Geschäftsjahr 1976 . . . . .	237
3. 2. 1976	<b>Landschaftsverband Rheinland</b> Bek. – Jahresrechnung 1974 . . . . .	238
	<b>Hinweis</b> Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 3 v. 1. 2. 1976 . . . . .	238

203033

**I.**  
**Erholungsuraub**

RdErl. d. Innenministers v. 2. 2. 1976 –  
II A 2 – 1.36.02 – 1/76

Mein RdErl. v. 23. 8. 1972 (SMBI. NW. 203033) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1.1 werden die Wörter „, § 5 Abs. 2 Satz 2 EUV gilt sinngemäß“ gestrichen.
2. Nr. 1.3 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift wird in der Klammer die Zahl „13“ durch die Zahl „12“ ersetzt.
  - b) Die Wörter „für Beschäftigte“ werden durch die Wörter „gemäß § 44 des Schwerbehindertengesetzes (SchwBGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. April 1974 (BGBl. I S. 1006)“ ersetzt.
3. Nr. 1.5 erhält folgende Fassung:

**1.5 Zusatzurlaub für Schwerbehinderte**

Durch § 44 des auch die Beamten erfassenden Schwerbehindertengesetzes steht Schwerbehinderten, nicht aber Gleichgestellten gemäß § 2 Abs. 1 SchwBGB, ein Zusatzurlaub von sechs Arbeitstagen zu; als Arbeitstage gelten alle Tage, an denen im Betrieb oder in der Dienststelle regelmäßig gearbeitet wird.

– MBl. NW. 1976 S. 222.

- b) In Nummer 4 werden in Satz 1 die Worte „Satz 2 Ziff. 5 i. Verb. mit Satz 3 BhV“ durch die Worte „Satz 3 Ziff. 2 i. Verb. mit Satz 4 BhV“ und in Satz 3 „letzter Halbsatz die Worte „Satz 2 Ziff. 5 BhV“ durch die Worte „Satz 3 Ziff. 2 BhV“ ersetzt.
- c) Nummer 5 wird gestrichen.

5. In Abschnitt I wird der Hinweis „Zu Nummer 13 Abs. 1 BhV“ durch folgenden Hinweis ersetzt:

Wird der kinderbezogene Teil des Ortszuschlages zwischen den im öffentlichen Dienst tätigen Ehegatten geteilt, ist Nummer 13 Abs. 1 Satz 3 erster Halbsatz BhV mit der Maßgabe anzuwenden, daß sich der Bemessungssatz nur bei dem Beihilfeberechtigten erhöht, den die Beihilfeberechtigten durch Erklärung bestimmt haben; sie sind für die Dauer eines Kalenderjahres an diese Erklärung gebunden.

6. In Abschnitt I wird hinter dem Text „Zu Nummer 13 Abs. 1 BhV“ eingefügt:

**Zu Nummer 13 Abs. 1a BhV**

Berücksichtigungsfähige Familienangehörige, die nach dem Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten vom 26. Juni 1975 (BGBl. I S. 1536) versicherungspflichtig sind, werden von der Regelung der Nummer 13 Abs. 1a Ziffer 2 BhV nicht erfaßt.

7. In Abschnitt I „Zu Nummer 14 Abs. 2 BhV“ Nummer 1 werden in Buchstabe a die Worte „GMBI. 1975 S. 122,“ durch die Worte „GMBI. 1975 S. 832,“ ersetzt.

– MBl. NW. 1976 S. 222.

203637

**G 131**

**Ausführungsbestimmungen zu § 56 Abs. 1, 2  
(Beihilfen und Unterstützungen – AB zu § 56 G 131 –)**

RdErl. d. Finanzministers v. 2. 2. 1976 –  
B 3260 – 1.1 – IV B 4

Mein RdErl. v. 25. 8. 1966 (SMBI. NW. 203637) wird wie folgt geändert:

1. In Satz 3 der Einleitung werden der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:  
geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Beihilfevorschriften vom 18. Dezember 1975 (GMBI. S. 830).
2. In Abschnitt I „Zu Nummer 1 Abs. 1 BhV“ wird die Nummer 2 wie folgt geändert:
  - a) In Satz 4 werden die Worte „wenn der lebende Elternteil beihilfeberechtigt ist und die Waise bei ihm im Ortszuschlag berücksichtigungsfähig ist“ durch die Worte „wenn der lebende Elternteil oder der Ehegatte selbst beihilfeberechtigt ist und Ansprüche auf Beihilfen zu den Aufwendungen für die Halbwaise hat“ ersetzt.
  - b) Satz 5 wird gestrichen.
3. In Abschnitt I „Zu Nummer 3 Abs. 3 BhV“ werden in Nummer 2 Satz 5 die Worte „8,- DM“ durch die Worte „14,- DM“ ersetzt.
4. Abschnitt I „Zu Nummer 3 Abs. 4 BhV“ wird wie folgt geändert:
  - a) Nummer 3 erhält folgende Fassung:
    - 3 Nehmen Personen die ihnen nach Nummer 3 Abs. 4 Satz 1 zustehenden Leistungen nicht in Anspruch, so sind diese gleichwohl bei der Beihilfestetzung zu berücksichtigen. Das gilt auch für die in Nummer 3 Abs. 4 Satz 2 genannten Personen, wenn sie die Leistungen ihrer Versicherung nicht in Anspruch nehmen. Läßt sich der fiktive Leistungsanteil nicht oder nur unter Schwierigkeiten ermitteln, sind die entsprechenden Rechnungsbeträge vor Beihilfestetzung pauschal um 30 v. H. zu kürzen.

2128

**Frühdiagnose der Mucoviscidose  
– Cystische Fibrose –  
Untersuchungen bei Neugeborenen**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 2. 2. 1976 – VI A 3 – 41.70.20

Mein RdErl. v. 23. 5. 1973 (SMBI. NW. 2128) wird hiermit aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 222.

21504

**Ausrüstung des Luftschutzhilfsdienstes  
Instandsetzung, Aussortierung und Ersatzbeschaffung**

RdErl. d. Innenministers v. 6. 2. 1976 –  
VIII B 3 – 2.562-0

Mein RdErl. v. 26. 6. 1967 (SMBI. NW. 21504) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 222.

2160

**Öffentliche Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 3. 2. 1976 – IV B 2 – 6113

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung vom 6. August 1970 (BGBl. I S. 1197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3150), i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG-JWG – in der Fassung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), – SGV. NW. 216 –, öffentlich anerkannt:

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband östliches Westfalen e. V.,  
Sitz Bielefeld  
(am 18. 4. 1966)  
sowie die folgenden ihr als Mitglieder angehörenden Kreis- und Ortsverbände:

Caritasverband für die Stadt Essen e. V., Essen	Kreisverband Heinsberg/Düren in Übach-Palenberg
Caritasverband für die Stadt Gelsenkirchen e. V., Gelsenkirchen	Kreisverband Leverkusen in Leverkusen
Caritasverband Gladbeck e. V., Gladbeck	Kreisverband Bonn in Bonn
Caritasverband für das Dekanat Hattingen e. V., Hattingen	Kreisverband Aachen in Aachen
Caritasverband für das Dekanat Lüdenscheid e. V., Lüdenscheid	
Caritasverband für die Stadt Mülheim e. V., Mülheim	Verein zur Förderung der Katholischen Landjugendbewe-
Caritasverband für die Stadt Oberhausen e. V., Oberhausen	gung Deutschlands e. V., Sitz Dingden
Caritasverband für das Dekanat Schwelm, Schwelm	(am 25. 7. 1969)
Caritasverband Wattenscheid e. V., Bochum	Zentrale des Sozialdienstes Katholischer Männer e. V., Sitz
Deutscher Pfadfinderverband Nordrhein-Westfalen e. V., Sitz Düsseldorf	Düsseldorf
(am 12. 10. 1971)	(am 15. 3. 1968)
Internationaler Fahrten- und Austauschdienst e. V., Sitz Bocholt	mit ihren Ortsgruppen in
(am 9. 4. 1970)	Aachen
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Heim der Offenen Tür NRW e. V., Sitz Köln	Aldenhoven
(am 14. 8. 1973)	Baesweiler
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Soldatenbetreuung NRW e. V., Sitz Köln	Bergisch Gladbach
(am 24. 9. 1973)	Bergisch Gladbach-Bensberg
Landesarbeitsgemeinschaft Tanz Nordrhein-Westfalen e. V., Sitz Dinslaken	Bergneustadt
(am 7. 2. 1972)	Bonn
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – Landesverband NRW, Sitz Gelsenkirchen	Bonn-Bad Godesberg
(am 28. 6. 1968)	Bonn-Beuel
sowie die folgenden ihr als Mitglieder angehörenden Bezirks-, Unterbezirks-, Kreis- und Ortsverbände:	Brühl
Bezirk Westliches Westfalen in Dortmund	Düren
Bezirk Niederrhein in Duisburg 14	Düsseldorf
Bezirk Ostwestfalen und Lippe in Bielefeld	Düsseldorf-Monheim
Bezirk Mittelrhein in Erftstadt Liblar	Duisburg 14-Rheinhausen
Unterbezirk Dortmund in Dortmund	Eitorf/Sieg
Unterbezirk Bochum in Bochum	Emmerich
Unterbezirk Herne in Herne 2	Erkelenz
Unterbezirk Gelsenkirchen in Gelsenkirchen	Erkrath
Unterbezirk Recklinghausen in Recklinghausen	Erkrath-Unterbach
Unterbezirk Bottrop in Recklinghausen	Eschweiler
Unterbezirk Hagen in Hagen	Euskirchen
Unterbezirk Ennepe-Ruhr in Hagen	Frechen
Unterbezirk Hamm in Hamm	Geilenkirchen
Unterbezirk Unna in Hamm	Geldern
Unterbezirk Soest in Hamm	Goch
Unterbezirk Münster in Borghorst	Grefrath
Unterbezirk Warendorf in Borghorst	Gummersbach
Unterbezirk Steinfurth in Borghorst	Heinsberg
Unterbezirk Borken in Borghorst	Hennef/Sieg
Unterbezirk Coesfeld in Borghorst	Herzogenrath-Merkstein
Unterbezirk Hochsauerland in Hagen	Hilden
Unterbezirk Lüdenscheid in Hagen	Hückeswagen
Unterbezirk Olpe in Siegen	Hürth
Unterbezirk Siegen in Siegen	Hürth-Efferen
Kreisverband Düsseldorf in Düsseldorf-Gerresheim	Hürth-Gleuel
Kreisverband Duisburg in Duisburg	Kalkar
Kreisverband Essen in Essen	Kamp-Lintfort
Kreisverband Wesel in Moers	Kempen
Kreisverband Oberhausen in Oberhausen	Kevelaer
Kreisverband Krefeld in Krefeld	Kleve
Kreisverband Mülheim in Mülheim	Köln
Kreisverband Wuppertal in Wuppertal	Köln-Lövenich
Kreisverband Kleve in Goch	Köln 90-Porz
Kreisverband Remscheid in Remscheid	Köln-Wesseling
Kreisverband Viersen in Viersen	Krefeld
Ortsverband Hoisten in Düsseldorf	Krefeld-Hüls
Ortsverband Wülfrath in Wülfrath	Langenfeld
Ortsverband Velbert in Velbert	Leichlingen
Kreisverband Mettmann in Velbert	Leverkusen
Unterbezirk Bielefeld in Bielefeld	Leverkusen-Opladen
Unterbezirk Herford in Herford	Mettmann
Unterbezirk Minden-Lübbecke in Minden	Mönchengladbach 2-Rheydt
Unterbezirk Lippe in Lemgo	Moers
Unterbezirk Paderborn-Büren in Paderborn	Mülheim-Ruhr
Unterbezirk Höxter-Warburg in Brakel	Nettetal 1-Lobberich
Unterbezirk Gütersloh in Wiedenbrück	Neukirchen-Vluyn
Kreisverband Erftkreis in Erftstadt Liblar	Neuss
Kreisverband Köln in Köln	Oberhausen
	Oberhausen-Sterkrade
	Pullheim-Brauweiler
	Pullheim-Stommeln
	Radevormwald
	Remscheid
	Rheinbach
	Rheinberg
	Rösrath
	Siegburg
	Solingen
	Stolberg
	Troisdorf
	Troisdorf-Spich

Troisdorf-Oberlar  
 Viersen  
 Viersen-Dülken  
 Viersen-Süchteln  
 Wesel  
 Wuppertal  
 Ahaus  
 Ahlen  
 Altena  
 Arnsberg  
 Arnsberg-Neheim-Hüsten  
 Attendorn  
 Bad Salzuflen  
 Bad Salzuflen 1-Schötmar  
 Beckum  
 Bielefeld  
 Bocholt  
 Bochum  
 Bochum-Wattenscheid  
 Borken  
 Bottrop  
 Bottrop-Gladbeck  
 Coesfeld  
 Datteln  
 Detmold  
 Dortmund  
 Dorsten  
 Drolshagen  
 Erwitte  
 Gelsenkirchen  
 Gelsenkirchen-Buer  
 Geseke  
 Gronau  
 Gütersloh  
 Hagen  
 Hagen-Hohenlimburg  
 Haltern  
 Hamm  
 Hattingen  
 Herford  
 Herne  
 Iserlohn  
 Lemgo  
 Letmathe  
 Lippstadt  
 Lüdenscheid  
 Lüdinghausen  
 Lügde  
 Lünen  
 Lünen-Brambauer  
 Meggen  
 Menden  
 Meschede  
 Minden  
 Münster  
 Beckum-Neubeckum  
 Ochtrup  
 Oelde  
 Olpe  
 Paderborn  
 Plettenberg  
 Siegen  
 Stadtlohn  
 Sundern  
 Unna  
 Vreden  
 Wadersloh  
 Waltrop  
 Warburg  
 Warendorf  
 Warstein  
 Warstein-Belecke  
 Warstein-Mülheim-Sichtigvor  
 Wenden  
 Werdohl  
 Werl  
 Wickede  
 Wiedenbrück

Die Bek. v. 12. 10. 1971 (MBI. NW. S. 1844), 7. 2. 1972 (MBI. NW. S. 463), 14. 8. 1973 (MBI. NW. S. 1355) und 24. 9. 1973 (MBI. NW. S. 1711) werden hiermit aufgehoben.

– MBI. NW. 1976 S. 222.

### 2313

#### Veröffentlichungen zu städtebaulichen Maßnahmen

RdErl. d. Innenministers v. 2. 2. 1976 –  
 III C 3 – 33.03.00 – 964/75

Die Nachfrage nach Veröffentlichungen und Unterlagen zu städtebaulichen Maßnahmen hat seit Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes erheblich zugenommen. Es besteht ein Interesse des Landes daran, daß wissenschaftlichen Instituten und den Bearbeitern von Dissertationen, Diplomarbeiten und Forschungsprojekten ausreichendes Informations- und Arbeitsmaterial zur Verfügung steht; Arbeit und Kosten der Gemeinden für das Versenden sollen gleichwohl möglichst gering bleiben.

Die

Senatsbibliothek Berlin  
 Straße des 17. Juni 112  
 1 Berlin 12

und der

Deutsche Städtetag  
 – Präsenzbibliothek –  
 Lindenallee 13-17  
 Postfach 510620  
 5 Köln 51

haben sich bereit erklärt, alle Veröffentlichungen und Arbeiten zu städtebaulichen Maßnahmen zu sammeln.

Die Gemeinden, in denen städtebauliche Maßnahmen mit Zuwendungen des Landes vorbereitet worden sind, werden daher gebeten, hierzu ergangene Veröffentlichungen, z. B. Berichte über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen, ergänzende Gutachten und Planungsunterlagen, den genannten Bibliotheken zuzusenden, sofern dies noch nicht erfolgt ist.

Zukünftige Zuwendungen des Landes zur Vorbereitung oder Durchführung städtebaulicher Maßnahmen, wie vorbereitende Untersuchungen, weitere Vorbereitung der Sanierung, Gutachten, städtebauliche Planung und Öffentlichkeitsarbeit werden daher nur noch gewährt, wenn die Zuwendungsempfänger die geförderten Arbeiten den genannten Bibliotheken übersenden (Nr. 5.24 und Nr. 5.26 Vorl. VV zu § 44 LHO i. V. m. Nr. 1 Vorl. VV zu § 44 LHO – Gemeinden).

Bei großformatigen Plänen und bei Arbeiten, die für eine Auswertung ungeeignet sind, können die Zuwendungsempfänger von dem Übersenden an die Bibliotheken absehen.

Das Schriftgut kann bei den genannten Bibliotheken eingesehen oder im Leihverkehr ausgeliehen werden. Den Gemeinden wird empfohlen, bei Anfragen nach Veröffentlichungen zu städtebaulichen Maßnahmen die Anfragenden an die Bibliotheken zu verweisen.

– MBI. NW. 1976 S. 225.

### 302 304

#### Dienstsiegel und Dienststempel im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 2. 2. 1976 – I B 2 – Arb 1236/I B 3 – S 1236

1. Die Dienstsiegel und die Dienststempel jedes Gerichts sind in einem Verzeichnis zu erfassen. Das Verzeichnis kann in Buch- (Loseblatt-) form oder in Karteiform geführt werden. Für jedes Siegel und jeden Stempel ist ein besonderes Blatt bzw. eine besondere Karteikarte nach dem Muster der Anlage anzulegen. Die Blätter bzw. die Karteikarten sind fortlaufend zu numerieren.
2. Die Eintragungen in dem Verzeichnis sind mindestens einmal in jedem Kalenderjahr von dem Geschäftsleiter oder dem sonst vom Behördenleiter beauftragten Beamten auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen. Dabei ist insbesondere festzustellen, ob die Dienstsiegel und die Dienststempel vorhanden sind, ordnungsgemäß verwahrt werden und weiter uneingeschränkt brauchbar sind. Sie sind nur brauchbar, wenn ihre Abdrücke die

Anlage

Umschrift, das Landeswappen und die Kennziffer einwandfrei erkennen lassen.

Über die jährlichen Prüfungen ist eine zu den Generalakten zu gebende Niederschrift aufzunehmen, die sich insbesondere über festgestellte Mängel und deren Behebung zu verhalten hat. Auf einem Vorblatt zum Verzeichnis der Dienstsiegel und Dienststempel ist ferner zu vermerken:

„Geprüft am .....  
Unterschrift  
Amtsbezeichnung“

3. Die Dienstsiegel und die Dienststempel sind in einer jeden Mißbrauch ausschließenden Weise zu verwahren; bei der Aushändigung eines Dienstsiegels oder eines Dienststempels ist der empfangende Beschäftigte hierauf hinzuweisen. Das Nähre regelt der Behördenleiter.

Der Geschäftsleiter oder der sonst vom Behördenleiter beauftragte Beamte hat mindestens einmal in jedem Kalenderjahr durch Stichproben unvermutet die ordnungsgemäße Verwahrung der Dienstsiegel und Dienststempel nach Dienstschluß zu prüfen. Hierüber ist eine zu den Generalakten zu nehmende Niederschrift zu fertigen, in die auch Vermerke über etwaige Prüfungsbeanstandungen und deren Behebung aufzunehmen sind.

4. Unbrauchbar gewordene Dienstsiegel und Dienststempel sind zu vernichten. Die Vernichtung ist in dem Verzeichnis zu vermerken; der Vermerk ist von dem Behördenleiter oder von dem von ihm beauftragten Beamten zu unterzeichnen.

5. Gerät ein Dienstsiegel oder ein Dienststempel in Verlust, so hat der Behördenleiter unverzüglich Ermittlungen nach dem Verbleib zu veranlassen.

Jeder Verlust ist mir anzugeben. In der Anzeige ist das abhanden gekommene Dienstsiegel oder der abhanden gekommene Dienststempel genau zu beschreiben. Dabei sind die Kennziffer des Siegels oder Stempels, seine Umschrift und sein Durchmesser sowie das Material anzugeben, aus dem das Siegel oder der Stempel besteht. Die Anzeige soll auch Angaben darüber enthalten, ob der Verlust auf ein schuldhaftes Verhalten eines bei dem Gericht Beschäftigten zurückzuführen ist.

Nach Eingang der Verlustanzeige veran lasse ich die Ungültigkeitserklärung durch Bekanntmachung im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen.

Die Ungültigkeitserklärung ist in dem Verzeichnis zu vermerken.

6. Wird ein für ungültig erklärtes Dienstsiegel oder ein für ungültig erklärter Dienststempel wieder aufgefunden, so ist dieses Siegel oder dieser Stempel als unbrauchbar nach Nummer 4 zu vernichten. Hierüber ist mir unter Bezugnahme auf die Verlustanzeige zu berichten.
7. Die Kennziffer eines in Verlust geratenen Dienstsiegels oder Dienststempels (Nummer 5) darf bei derselben Behörde auf einem neuen Dienstsiegel oder Dienststempel nicht mehr verwendet werden, und zwar auch dann nicht, wenn das Siegel oder der Stempel wieder aufgefunden und nach Nummer 6 vernichtet worden ist.

Dieser Runderlaß ergeht für den Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit im Einvernehmen mit dem Justizminister.

**Anlage**  
zu Nr. 1 des RdErl. v. 2. 2. 1976

Dienstsiegel/Dienststempel des .....

(Gericht)

Umschrift: .....

Kennziffer: .....

Werkstoff: .....  
(z. B. Gummi, Metall)

Probeabdruck:

lfd. Nr.	ausgehändigt an (Name, Dienstbezeichnung)	Datum	Quittung	Rückgabe	Bemerkungen (Vernichtung, Verlust)
1	Müller Reg.Sekr.	1. 8. 74	Müller	12. 3. 75	
2	Schmitz Reg.OSekr.	15. 3. 75	Schmitz	31. 7. 75	Wegen Unbrauchbarkeit vernichtet am 4. 8. 1975 gez. Unterschrift

71110

**Betrieb oder Änderung von Schießstätten  
gem. § 44 WaffG  
Sachverständige**

RdErl. d. Innenministers v. 4. 2. 1976 –  
IV A 3 – 2642

Mein RdErl. v. 1. 3. 1974 (SMBI. NW. 71110) wird in der  
namenlichen Aufstellung wie folgt geändert:

1. Altmann, Klaus, Weißdornallee 22, 478 Lippstadt, Fernsprecher: (02941) 12481
2. Bingener, Dieter, Birlenbacher Str. 65, 593 Hüttental-Geisweid, Fernsprecher: (0271) 765132
3. Bornheim, Max, Hainallee 8, 46 Dortmund, Fernsprecher: (0231) 525268
4. Brendenberg, Kurt, Am Pansbach 56, 4811 Leopoldshöhe, Fernsprecher: (05202) 6864
5. Claessens, Wolfgang, Kützhofweg 6, 415 Krefeld, Fernsprecher: (02151) 21790
6. Doehring, Rudolf, Steinkuhlstr. 13, 463 Bochum, Fernsprecher: (02321) 550163
7. Grunewald, Wilhelm, Lilienthalstr. 7, 4 Düsseldorf-Lohausen, Fernsprecher: (0211) 431159
8. Harrenkamp, Richard, Raderberger Str. 101, 5 Köln 51, Fernsprecher: (0221) 375906
9. Hauswirth, Hubert, Passauer Str. 65, 41 Duisburg 28, Fernsprecher: (0231) 703699
10. Heinrichs, Hans, Feldstr. 8, 515 Bergheim (Erft)
11. Hunke, Claus, Elchweg 6a, 46 Dortmund, Fernsprecher: (0231) 253932
12. Kinsky, Helmut, Osttorstr. 10, 4791 Schwaney, Fernsprecher: (05255) 424
13. Lang, Heinz, Wasserstr. 1a, 42 Oberhausen-Holten, Fernsprecher: (02132) 680850
14. Ludorf, Franz, Isarweg 5, 4018 Langenfeld/Rhld., Fernsprecher: (02173) 15583
15. Meißner, Werner, Grüner Weg 17, 4935 Detmold-Hiddesen, Fernsprecher: (05231) 88194
16. Müller, Michael, Haydnstr. 57, 53 Bonn, Fernsprecher: (0221) 36005
17. Münstermann, Heinz-Jürgen, Beethovenstr. 10, 5 Köln-Junkersdorf, Fernsprecher: (0221) 486295
18. Oppermann, Heinz, Neuhäuser Str. 54, 479 Paderborn, Fernsprecher: (05251) 33736
19. Prekel, Heinrich, Wibbelstr. 11, 44 Münster, Fernsprecher: (0251) 28590
20. Przybyla, Peter, Am Maashof 12, 41 Duisburg, Fernsprecher: (0203) 761828
21. Quente, Werner, Abt-Warin-Weg 23, 3493 Nieheim über Bad Driburg, Fernsprecher: (05274) 502
22. Reisner, Martin, Walhornerstr. 4, 51 Aachen-Bildchen
23. Risch, Johann Valentin, Weingartenstr. 4, 5351 Euskirchen-Kreisweingarten, Fernsprecher: (02251) 61606
24. Roggenland, Eduard, Ramertsweg 14, 44 Münster, Fernsprecher: (0251) 57585
25. Runkel, Bernd, Luisenstr. 10, 5240 Betzdorf/Sieg, Fernsprecher: (02741) 3963
26. Schobert, Tony, Schalbruch 16a, 401 Hilden, Fernsprecher: (02103) 54756
27. Selle, Friedrich, Fäkenstr. 36, 4322 Sprockhövel, Fernsprecher: (02324) 72279
28. Strube, Claus-Henning, Kahlbornstr. Schulpavillon, 4791 Altenbeken, Fernsprecher: (05255) 486
29. Tribbensee, Dieter, Gartenfeld 63, 5679 Dabringhausen
30. Wagner, Karl, Annenstr. 114, 581 Witten-Annen, Fernsprecher: (02302) 60275

31. Walter, Albino, Adele-Weidmann-Str. 50, 51 Aachen, Fernsprecher: (0241) 13701
32. Walther, Manfred, Kurfürstenstr. 2, 5257 Swisttal-Buschenhoven, Fernsprecher: (02226) 3471
33. Weber, Hans-Heinrich, Memelstr. 4, 495 Minden, Fernsprecher: (0571) 26848
34. Wiechmann, Albert, Frankenweg 33, 579 Brilon, Fernsprecher: (02961) 3104
35. Wirtz, Josef, Heidbüchel 32, 5166 Kreuzau

– MBl. NW. 1976 S. 227.

8054

**Silikosegefahr bei künstlich gebundenen  
Schleifkörpern mit Quarz als Schleifmittel  
Blei- oder antimonhaltige Füllstoffe in Schleifkörpern**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 21. 1. 1976 – III A 3 – 8156,2 – (III Nr. 4/76)

Die RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 17. 10. 1964 (SMBI. NW. 8054) und v. 18. 2. 1970 (SMBI. NW. 8055) werden aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 227.

8300

**Bundesversorgungsgesetz (BVG)  
Feststellung eines Minderverdienstes bei der  
Prüfung einer besonderen beruflichen Betroffenheit  
nach § 30 Abs. 2 BVG**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 30. 1. 1976 – II B 2 – 4201.3 – (6/76)

Das Bundessozialgericht hat mit Urteil vom 14. 3. 1975 – 10 RV 189/74 – entschieden, daß der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine „Lohnersatzfunktion“ zukommt, denn sie soll den Rentner befähigen, aus der Rente statt durch Arbeitseinkommen seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Demzufolge ist die Erwerbsunfähigkeitsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach Auffassung des Gerichts bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Beschädigten jedenfalls dann zu berücksichtigen, wenn dieser aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist.

Da die Berufsunfähigkeitsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und die Verletzenrente aus der Unfallversicherung ebenfalls Lohnersatzfunktion haben, müssen auch sie bei der Feststellung des Minderverdienstes als Einkommen eingesetzt werden. Dies gilt auch dann, wenn der Beschädigte trotz des Bezugs von Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder aus der gesetzlichen Unfallversicherung erwerbstätig bleibt.

Dieser Runderlaß ergeht in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Mein RdErl. v. 7. 1. 1971 (n. v.) – II B 2 – 4201.3 wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 227.

8301

**Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz  
in entsprechender Anwendung der Vorschriften  
der Kriegsopferfürsorge  
Berechnung des Übergangsgeldes für ehemalige  
Soldaten nach den §§ 26, 26a BVG**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 27. 1. 1976 – II B 4 – 4401.0 – (5/76)

Durch das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation sind die Leistungen zum Lebensunterhalt während der Zeit der Rehabilitation nach den Grundsätzen des Kriegsgeldes gestaltet worden. Auf diese Weise wurde erreicht, daß ein Arbeitnehmer, der infolge Krankheit oder Unfall aus dem Erwerbsleben zeitweise ausscheiden muß, beginnend mit der Lohnfortzahlung über die Krankenhausbe-

handlung, den Kuraufenthalt und das Heilverfahren bis zur beruflichen Förderung und Wiedereingliederung Leistungen zum Lebensunterhalt in etwa gleicher Höhe erhält.

Diese gesetzliche Regelung geht davon aus, daß der Behinderte bereits vor Eintritt in die Rehabilitationsmaßnahmen erwerbstätig gewesen ist. Nur dann kann an die zuvor gegebene Einkommenssituation angeknüpft und ihre Kontinuität sichergestellt werden. Das gilt auch dann, wenn gemäß § 26a Abs. 4 BVG das Übergangsgeld anhand der Anlagen zum Fremdrentengesetz zu errechnen wäre. Diese Anlagen beruhen auf den Durchschnittsentgelten der in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherten und sind nach Leistungsgruppen eingeteilt, die die Art ihrer Tätigkeit, ihre Fähigkeiten und zum Teil ihr Lebensalter berücksichtigen. Eine sinnvolle Zuordnung des Behinderten zu einer Leistungsgruppe ist daher grundsätzlich nur möglich, wenn der Behinderte bereits eine Erwerbstätigkeit ausgeübt hat. § 26a Abs. 4 Satz 1 Buchst. b BVG steht hierzu nicht in Widerspruch, weil mit dieser Vorschrift die Berechnung von Übergangsgeld auch in den Fällen ermöglicht werden sollte, in denen der Rehabilitand vor Eintritt in die Rehabilitationsmaßnahme unentgeltlich eine Beschäftigung ausgeübt hat. Abgesehen davon kann § 26a Abs. 4 BVG nur Anwendung finden, wenn der Behinderte bereits gegen Entgelt erwerbstätig war.

Kann aus den vorgenannten Gründen § 26a Abs. 4 BVG nicht angewandt werden, kommt § 26a Abs. 1 und 2 i. V. mit § 16b Abs. 2 Buchst. b BVG in Betracht. Die Vorschrift setzt jedoch voraus, daß der Beschädigte ohne die Arbeitsunfähigkeit bzw. ohne die berufsfördernde Maßnahme nachweislich eine Erwerbstätigkeit ausgeübt hätte, die nach Arbeitgeber und Art der Tätigkeit genau bestimmt werden kann. Diese Voraussetzungen dürften indessen nur in ganz seltenen Ausnahmefällen gegeben sein.

Diese Überlegungen führen dazu, daß für ehemalige Soldaten und für andere Personen, z. B. Impfgeschädigte, die weder vor Beginn der Maßnahme erwerbstätig waren noch die Voraussetzung des § 16b Abs. 2 Buchst. b BVG erfüllen, ein Übergangsgeld in direkter Anwendung des § 26a BVG in Verbindung mit §§ 16a ff. BVG nicht errechnet werden kann.

Da im Rahmen der medizinischen Rehabilitation in diesen Fällen für ehemalige Soldaten § 83 Abs. 1 Nr. 2 SVG Anwendung findet, empfehle ich in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, § 83 Abs. 1 Nr. 2 SVG auch bei berufsfördernden Maßnahmen anzuwenden. Eine solche Regelung entspricht einmal dem oben ausgeführten Grundsatz, daß mit dem Übergangsgeld an die vor der Schädigung gegebene Einkommenssituation angeknüpft werden soll, zum anderen – die Fälle des § 26a Abs. 3 BVG ausgenommen – nur so vermieden wird, daß für ehemalige Soldaten das Übergangsgeld in unterschiedlicher Höhe zu errechnen ist, je nachdem, ob medizinische oder berufsfördernde Maßnahmen durchgeführt werden.

Der Berechnung des Übergangsgeldes für ehemalige Soldaten ist demnach auch bei berufsfördernden Maßnahmen das fiktive Arbeitsentgelt des § 83 Abs. 1 Nr. 1 SVG zugrunde zu legen, wenn es günstiger ist als ein nach den §§ 16a bis 16f BVG in Verbindung mit § 26a BVG zu berücksichtigendes Arbeitsentgelt, selbst wenn bisher kein Arbeitsentgelt im Sinne dieser Vorschriften erzielt wurde. Entsprechendes gilt nach § 49 des Zivildienstgesetzes für anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die Zivildienst geleistet haben.

– MBl. NW. 1976 S. 227.

## 9210

### Richtlinien für die Prüfung der körperlichen und geistigen Eignung von Fahrerlaubnisbewerbern und -inhabern (Eignungsrichtlinien)

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 30. 1. 1976 – IV/A 2 – 21-03 – 3/76

Die unter Nr. 1 meines RdErl. v. 29. 9. 1971 (SMBL. NW. 9210) aufgeführte Anschrift des Rheinisch-Westfälischen Technischen Überwachungs-Vereins e.V. – Abteilung Medizinisch-Psychologisches Institut – in Siegen wird wie folgt geändert:

5900 Siegen, Leimbachstraße 227, Ruf: 34051

– MBl. NW. 1976 S. 228.

## 924

### Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 4. 2. 1976 – IV/A 2 – 42-80 – (2/76)

Hiermit gebe ich eine Aufstellung nach Nr. 7.15.1 der Richtlinien zur Durchführung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (siehe Nr. 1 d. RdErl. v. 8. 7. 1974 – MBl. NW. S. 954/SMBL. NW. 924 –) bekannt, die mir die Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg übersandt hat:

„Die Erlaubnisse nach § 7 GGVS sind hinsichtlich der Fahrwege im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg mit folgenden Auflagen zu versehen:

1. **Allgemeine Verhaltensmaßnahmen**
  - 1.1. Das Fahrpersonal muß vor Antritt der Fahrt von den Weisungen der Unfallmerkblätter Kenntnis nehmen und in der Lage sein, sie sachgemäß anzuwenden.
  - 1.2. Es ist mit einer über die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung hinausgehenden besonderen Vorsicht zu fahren, insbesondere beim Ausweichen, Einbiegen, Wenden und Überholen sowie bei Befahren von Kreuzungen, Einmündungen, Engstellen, Kurven, Gefäßstrecken, unübersichtlichen Streckenabschnitten, ausgeschilderten Wasserschutzgebieten und Ortsdurchfahrten. Notwendige Aufenthalte sind auf das unvermeidliche Maß zu beschränken.
  - 1.3. Wenn bei Unfällen oder Zwischenfällen gefährliche Güter freiwerden, so hat dies der Fahrzeugführer oder, falls er verhindert ist, der Beifahrer unter Benennung des gefährlichen Gutes und des Nettogewichts des Gutes unverzüglich der nächsten Polizeidienststelle anzuzeigen.

### Tunnelbenutzung

#### Elbtunnel

- 2.1.1. Ein absolutes Durchfahrverbot des Elbtunnels im Zuge der BAB A 7 (alt A 10) besteht für Fahrzeuge, die folgende gefährliche Güter geladen haben:
  - 2.1.1.1. Explosive Stoffe und Gegenstände der Klasse Ia,
  - 2.1.1.2. mit explosiven Stoffen geladene Gegenstände der Klasse Ib,
  - 2.1.1.3. Feuerwerkskörper der Klasse Ic,
  - 2.1.1.4. verdichtete, verflüssigte oder unter Druck gelöste Gase der Klasse Id,
  - 2.1.1.5. Blausäure der Klasse IVa Ziffern 1a und 1b.
- 2.1.2. Alle übrigen kennzeichnungspflichtigen Fahrzeuge mit gefährlichen Gütern, für die Ziffer 2.1.1. nicht gilt, dürfen den Elbtunnel nicht am Tage in der Zeit von 6.00 bis 22.00 Uhr befahren.

#### Andere Tunnel

Es dürfen nicht befahren werden:

- 2.2.1. der Wallringtunnel,
- 2.2.2. der Deichtortunnel,
- 2.2.3. das Vorfahrtsbauwerk am Congreß-Centrum Hamburg im Zuge der Marseiller Straße.

### Fahrwege für Fahrten im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg

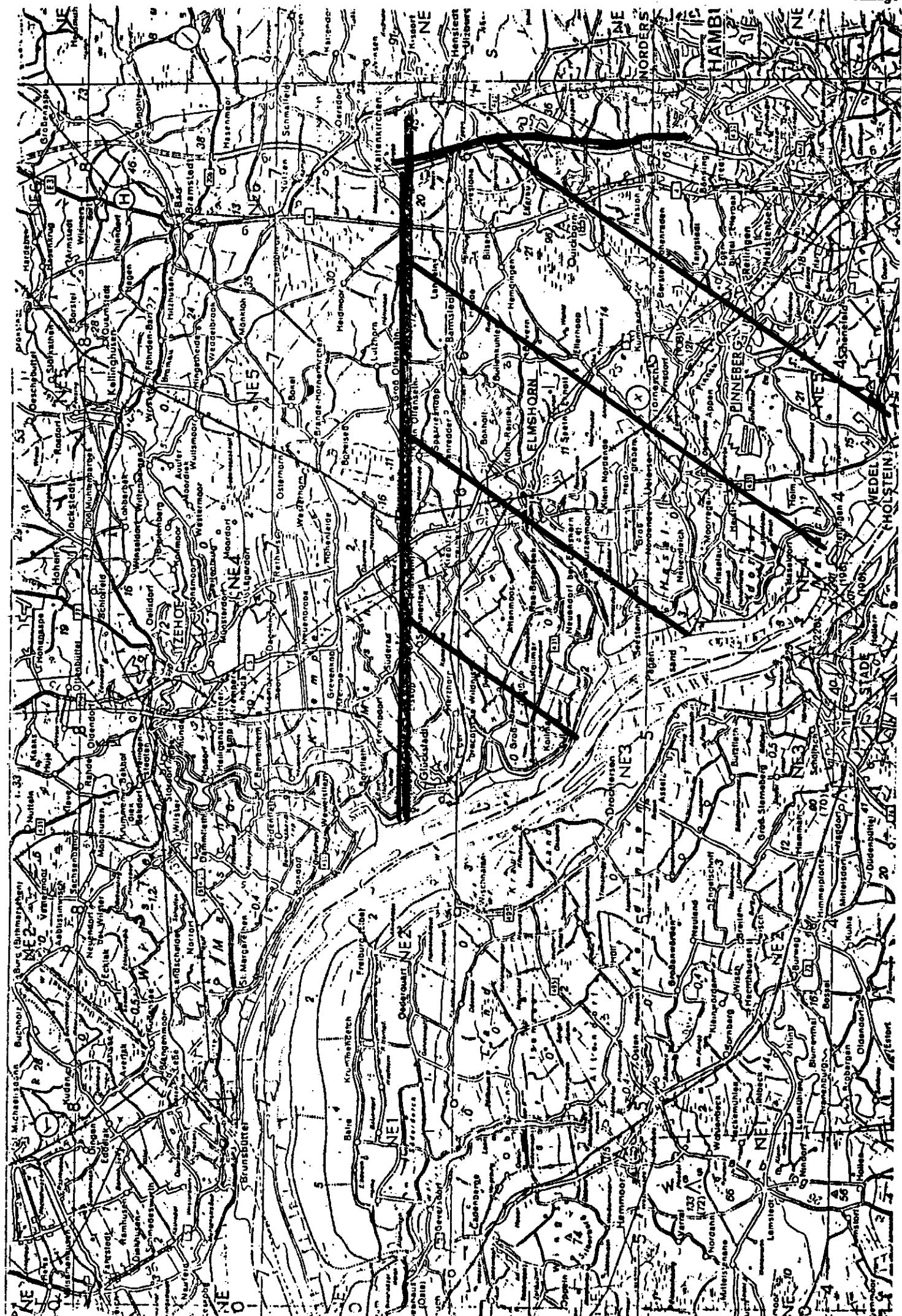
#### Allgemeine Fahrbegrenzung

- 3.1.1. Beförderungen im hamburgischen Staatsgebiet haben soweit wie möglich auf Bundesautobahnen oder Hauptverkehrsstraßen zu erfolgen.
- 3.1.2. Beförderungen auf Fahrwegen im hamburgischen Staatsgebiet – ausgenommen die Bundesautobahnen – sollen möglichst nicht in der Zeit von 6.00 bis 22.00 Uhr durchgeführt werden.
- 3.2. Fahrwege für Fahrten in das Freihafengebiet (Empfangsort)

BAB A 1 (alt A 11), Autobahndreieck Hamburg-Süd, weiter BAB A 251 (alt A 61) bis Anschlußstelle Ham-

- burg-Peute, anschließend auf kürzestem Wege zum Bestimmungsort.
- oder
- BAB A 7 (alt A 10) bis Anschlußstelle Waltershof unter Beachtung der Ziffer 2. für die Elbtunneldurchfahrt, anschließend auf kürzestem Wege zum Bestimmungsort.
- 3.3. **Fahrwege für Fahrten aus dem Freihafengebiet (Absendeort)**  
Ausfahrt Zollamt Zweibrückenstraße, Neue Elbbrücke, Veddelner Brückenstraße bis zur Anschlußstelle Hamburg-Veddel, anschließend BAB oder  
Auf kürzestem Wege zur Anschlußstelle Waltershof und Weiterfahrt auf der BAB unter Beachtung der Ziffer 2. für die Elbtunneldurchfahrt.
- 3.4. **Für Fahrzeuge zu den Tanklagern und Raffinerien südlich der Süderelbe (Harburger Raum)**
- 3.4.1. aus Nordosten, Osten und Südosten  
BAB A 1 bis Anschlußstelle Harburg, Neuländer Straße, Nartenstraße, Kanalplatz, Blohmstraße, Seehafenstraße, Moorburger Straße
- 3.4.2. aus Süden und Südwesten  
wie bei Ziffer 3.4.1. oder  
BAB A 7 bis Anschlußstelle Heimfeld, Stader Straße, Moorburger Straße
- 3.4.3. aus Westen  
Cuxhavener Straße, Stader Straße (B 73), Moorburger Straße
- 3.4.4. aus Nordwesten  
BAB A 7 bis Anschlußstelle Heimfeld unter Beachtung der Ziffer 2. für die Elbtunneldurchfahrt, Stader Straße, Moorburger Straße
- 3.5. **Für Fahrzeuge von den Tanklagern und Raffinerien südlich der Süderelbe (Harburger Raum)**
- 3.5.1. nach Nordosten, Osten und Südosten  
Gegenrichtung von Ziffer 3.4.1., jedoch zwischen Seehafenstraße und Kanalplatz über Karnapp und Harburger Schloßstraße
- 3.5.2. nach Süden und Südwesten  
wie bei Ziffer 3.5.1. oder  
Moorburger Straße, Stader Straße bis Anschlußstelle Heimfeld, BAB A 7
- 3.5.3. nach Westen  
Gegenrichtung von Ziffer 3.4.3.
- 3.5.4. nach Nordwesten  
Gegenrichtung von Ziffer 3.4.4.
- 3.6. **Für Fahrzeuge zu den Tanklagern und Raffinerien im Raum Wilhelmsburg**
- 3.6.1. aus Nordosten, Osten und Südosten  
BAB A 1 bis Anschlußstelle Stillhorn, Stillhorner Weg, Kornweide, Hohe-Schaar-Straße, Rethedamm, Neuhofer Brückenstraße
- 3.6.2. aus Süden und Südwesten  
a) wie bei Ziffer 3.6.1. oder  
b) BAB A 7 bis Anschlußstelle Waltershof, Köhlbrandbrücke, Neuhofer Damm, Neuhofer Brückenstraße bzw. Rethedamm, Hohe-Schaar-Straße
- 3.6.3. aus Westen  
Cuxhavener Straße, Stader Straße bis Anschlußstelle Heimfeld, BAB A 7 bis Anschlußstelle Waltershof und weiter wie bei Ziffer 3.6.2. b)
- 3.6.4. aus Nordwesten  
BAB A 7 bis Anschlußstelle Waltershof unter Beachtung der Ziffer 2. für die Elbtunneldurchfahrt und weiter wie bei Ziffer 3.6.2. b).
- 3.7. **Für Fahrzeuge von den Tanklagern und Raffinerien im Raum Wilhelmsburg**
- 3.7.1. nach Nordosten, Osten und Südosten  
Gegenrichtung von Ziffer 3.6.1.
- 3.7.2. nach Süden und Südwesten  
a) Gegenrichtung von Ziffer 3.6.1. oder  
b) Gegenrichtung von Ziffer 3.6.2. b)
- 3.7.3. nach Westen  
Gegenrichtung von Ziffer 3.6.3.
- 3.7.4. nach Nordwesten  
Gegenrichtung von Ziffer 3.6.4.
4. **Fahrwege für Durchfahrten durch das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg**
- 4.1. **Allgemeine Fahrwegbenutzung**  
(Absendeort und Empfangsort liegen außerhalb Hamburgs und nicht im Gebiet nordwestlich Hamburgs entsprechend Anlage)  
BAB A 1 (alt A 11), Autobahndreieck Hamburg-Süd und weiter BAB A 1 (alt A 11)  
oder  
BAB A 7 (alt A 10) unter Beachtung der Ziffer 2. für die Elbtunneldurchfahrt.
- 4.2. **Fahrweg für Durchfahrten in das Gebiet nordwestlich Hamburgs**  
Bei Durchfahrten kommt aus südlicher Richtung (südlich der Elbe) in das Gebiet nordwestlich Hamburgs (siehe Anlage), unter Umgehung des Elbtunnels im Zuge der BAB A 7 (alt A 10):  
BAB A 1 (alt A 11) bis Autobahndreieck Hamburg-Süd, BAB A 251 (alt A 61) bis Anschlußstelle Hamburg-Veddel, Billhorner Brückenstraße, Amsinckstraße, Ost-West-Straße, Millerntordamm, Simon-von-Utrecht-Straße, Holstenstraße, Kieler Straße (bis hierher Ausschilderung B 4), Holstenkamp, Schnackenburgallee, BAB A 7 (alt A 10).
- 4.3. **Fahrwege für Durchfahrten aus dem Gebiet nordwestlich Hamburgs**  
Bei Durchfahrten kommt aus dem Gebiet nordwestlich Hamburgs (siehe Anlage), in südliche Richtungen (südlich der Elbe), unter Umgehung des Elbtunnels im Zuge der BAB A 7 (alt A 10):  
BAB A 7 (alt A 10) bis Anschlußstelle Hamburg-Volkspark, Schnackenburgallee, Holstenkamp, Kieler Straße, Holstenstraße, Reeperbahn, Millerntorplatz, Millerntordamm, Ost-West-Straße, Amsinckstraße, Billhorner Brückenstraße bis Anschlußstelle Hamburg-Veddel, BAB 251 (alt A 61) bis Autobahndreieck Hamburg-Süd, BAB A 1 (alt A 11)."

Ich bitte, entsprechend Nr. 2.4 (3. Absatz) d. RdErl. v. 8. 7. 1974 zu verfahren.



## II.

## Innenminister

## Anerkennung einer Atemschutzmaske

Bek. d. Innenministers v. 30. 1. 1976 –  
VIII B 4 – 4.428 – 23

Aufgrund der Prüfbescheinigung Nr. 4/75 der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Essen-Kray habe ich die nachstehend näher bezeichnete Atemschutzmaske als Atemanschluß für Atemschutzgeräte für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren anerkannt.

Die Atemschutzmaske ist nicht für eine Verwendung in Verbindung mit Regenerationsgeräten geeignet.

## Kennzeichnung:

Gegenstand: Vollmaske für Atemschutzgeräte für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren  
 Hersteller: Drägerwerk AG, Lübeck  
 Benennung: Dräger Vollmaske, Modell Panorama-Nova, in der Ausführung RA (mit Vollsichtfenster aus Acrylglas) und in der Ausführung TRA (mit Vollsichtfenster aus Triplexglas).

– MBl. NW. 1976 S. 231.

## Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

## Liste der nach § 46 Abs. 1 der Ersten Strahlenschutzverordnung und § 42 der Röntgenverordnung ermächtigten Ärzte

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 5. 2. 1976 – III/3 – 8950.6

Gemäß § 46 Abs. 1 der Ersten Strahlenschutzverordnung in der Fassung vom 15. Oktober 1965 (BGBI. I S. 1654) und § 42 der Röntgenverordnung vom 1. März 1973 (BGBI. I S. 173) und § 1 Abs. 1 in Verbindung mit Nrn. 8.28 und 8.481 des Verzeichnisses der Anlage der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions- und technischen Gefahrenschutzes vom 6. Februar 1973 (GV. NW. S. 66), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 348) – SGV. NW. 28 –, sind durch die Regierungspräsidenten im Lande Nordrhein-Westfalen folgende Ärzte zur Durchführung der ärztlichen Untersuchungen nach §§ 46–53 der Ersten Strahlenschutzverordnung und nach §§ 42–46 der Röntgenverordnung ermächtigt.

## Stand 31. 12. 1975

Ermächtigung nach  
1. StrlSchV RöV

		Regierungsbezirk Arnsberg:
×	×	Dr. med. Hans Conrad Bayer, Marienhospital Herne 469 Herne, Hölkeskamprin 40
×	×	Dr. med. Rudolf Blechschmidt, – Werksärztliche Dienststelle der Hoesch Hüttenwerke AG – Werk Westfalen- hütte, 46 Dortmund, Kirchderner Str. 47–49
×		Dr. med. Hans-Christoph Crosta, 46 Dortmund, Münsterstr. 75
×	×	Dr. med. Anton Feldmann, Werksarzt der Fa. Ilseder Hütte, Steinkohlenbergwerke Friedrich der Große, 469 Herne, Auf der Insel 11
×		Dr. med. Fiedler, 463 Bochum, Bahnhofsplatz (Dr.-Kortum-Haus)

Ermächtigung nach  
1. StrlSchV RöV

- |   |   |  |
|---|---|--|
| × | × | Priv.Doz. Dr. med. O. Fischedick,<br>Chefarzt der Abt. Röntgenologie und Nuklearmedizin des Knappschaftskrankenhauses,<br>46 Dortmund,<br>Wickesweg 27 |
| × | × | Dr. med. Karl August Gebauer,<br>4628 Lünen,<br>St. Marien-Hospital,<br>Altstadtstr. 23  |
| × | × | Dr. med. Carl Große-Holz,<br>46 Dortmund,<br>St. Josefs-Hospital   |
| × | × | Dr. med. K.-E. Gutmann,<br>Allgem. Krankenhaus Stadt Hagen,<br>58 Hagen,<br>Buscheystraße 15   |
| × | × | Oberarzt Dr. med. Hoffmann,<br>Röntgeninstitut und Strahlenklinik der Städt. Krankenanstalten Dortmund,<br>46 Dortmund,<br>Beurhausstraße 40           |
| × | × | Dr. med. Willi Klauschenz,<br>Werkschefarzt der Firma Hoesch AG Westfalenhütte,<br>46 Dortmund,<br>Eberhardstraße 12                                   |
| × | × | Dr. med. Herbert Krieb,<br>Werksarzt der Stahlwerke Bochum AG,<br>463 Bochum   |
| × | × | Dr. med. D. Krusemeyer,<br>Werksarzt der Fa. Gebr. Eickhoff,<br>463 Bochum,<br>In der Uhlenflucht 9  |
| × | × | Dr. med. Wolfgang Kuhlo,<br>Chefarzt Bundesknappschaft,<br>463 Bochum-Langendreer,<br>In der Schornau 23/25  |
| × | × | Chefarzt Dr. med. Wolf Peter Müller,<br>59 Siegen,<br>ev. Jung-Stilling-Krankenhaus  |
| × | × | Dr. med. Hans Niedling,<br>Werksarzt der Fa. Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH,<br>Werk Uentrop,<br>47 Hamm,<br>Postfach 85                        |
| × | × | RGMD Dr. med. H. Rein,<br>Staatslicher Gewerbeärzt für Westfalen,<br>463 Bochum,<br>Marienplatz 2-6  |
| × | × | Dr. med. Günter Schäper,<br>46 Dortmund-Eving,<br>Deutsche Str. 18   |
| × | × | Dr. med. Otto Spanke,<br>463 Bochum,<br>St. Josefs-Hospital  |
| × | × | Dr. med. K. Stümpel,<br>46 Dortmund-Hombruch,<br>Harkortstraße 66  |
| × | × | Dr. med. August Verhagen,<br>597 Plettenberg,<br>Ev. Krankenhaus   |
| × | × | Dr. med. Heinrich Vielberg,<br>- Knappschaftskrankenhaus -,<br>47 Hamm,<br>Knappenstr. 19  |
| × | × | Dr. med. Voltz,<br>Werksarzt d. Edelstahlwerk Witten AG,<br>518 Witten,<br>Auestr. 4   |
| × | × | Dr. med. N. Walter,<br>Facharzt für Röntgenologie und Strahlenheilkunde,<br>477 Soest,<br>Walburgerstr. 2  |

Ermächtigung nach  
1. StrSchV RöV

×      ×      Dr. med. Helga von der Weiden,  
Leitende Werksärztin der Adam Opel AG, – Werk Bochum –,  
463 Bochum

**Regierungsbezirk Detmold:**

×      ×      Dr. med. Wilhelm Jacob,  
Chefarzt der Inneren Abteilung und leitender Arzt des St. Johannis-Stiftes,  
479 Paderborn  
Reumontstr. 28

×      ×      Prof. Dr. med. Erich Klein,  
Leitender Chefarzt der Städt. Krankenanstalten,  
48 Bielefeld,  
Lessingstr. 50

×      ×      Dr. med. Ludwig König,  
347 Höxter,  
Weserbergland-Klinik

×      ×      Prof. Dr. D. P. Mertz,  
ärztlicher Direktor der Kurklinik am Park,  
4934 Horn-Bad Meinberg 2,  
Wällenweg 2

×      ×      Dr. med. Ernst Winckler,  
Betriebsarzt der von Bodelschwing'schen Anstalten,  
4813 Bethel/Bielefeld,  
Dothanweg

**Regierungsbezirk Düsseldorf:**

×      Dr. med. W. Altvater,  
Stadtobermedizinaldirektor,  
41 Duisburg,  
Städt. Gesundheitsamt,  
Cochemer Str. 266

×      ×      Dr. med. Karl Balzer,  
43 Essen,  
Holsterhauser Straße 20,  
Bundesbahnarzt

×      ×      Medizinaldirektor Dr. med. Curt Becker-Inglau,  
43 Essen,  
Städt. Gesundheitsamt,  
Bernestr. 7

×      ×      Dr. med. Hans-Joachim Bielicke,  
414 Rheinhausen,  
Ackerstr. 23

×      ×      Prof. Dr. med. Hans Günther Claus,  
Krankenanstalten der Stadt Remscheid,  
Röntgenabteilung,  
563 Remscheid,  
Burgerstraße 211

×      Dr. med. Martin Corsten,  
41 Duisburg,  
Wolfgang-Reuter-Platz (Demag)

×      ×      Dr. med. H. Ehrlicher,  
in Fa. Farbenfabriken Bayer AG,  
509 Leverkusen-Bayerwerk

×      ×      Dr. med. Josef Fervers,  
407 Rheydt,  
Waisenhausstraße 35

×      ×      Dr. med. E. Fischer,  
414 Rheinhausen,  
Friedrich Krupp Hüttenwerke,  
Werksärztliche Abteilung,  
Robert-Koch-Str. 16

×      Dr. med. A. von Geiso,  
in Firma Mannesmann AG,  
– Gesundheitshaus –,  
43 Essen,  
Rüttenscheider Str. 1

×      ×      Dr. med. Rudolf Grabiger,  
562 Velbert,  
Städt. Krankenhaus

Ermächtigung nach  
1. StrlSchV RöV

- |   |   |  |
|---|---|--|
| × | × | Prof. Dr. med. Hans Greuel,<br>Klin. Anstalten der Universität Düsseldorf,<br>– Frauenklinik –,<br>4 Düsseldorf,<br>Moorenstraße 5             |
| × | × | Frau Dr. Hannelies Gromzig,<br>41 Duisburg 25,<br>Albert-Schweitzer-Str. 22  |
| × | × | Prof. Dr. med. Dietrich Günther,<br>Med. Strahlenklinik der Universität,<br>4 Düsseldorf,<br>Moorenstraße 5                                    |
| × | × | Dr. med. Heissen,<br>Universitätsklinikum Essen,<br>Radiolog. Zentrum,<br>43 Essen,<br>Hufelandstraße 55                                       |
| × | × | Prof. Dr. med. Jörg Herrmann,<br>Klin. Anstalten der Universität,<br>4 Düsseldorf,<br>Moorenstraße 5   |
| × |   | Medizinaldirektor Dr. med. Alfons v. Hoegen,<br>405 Mönchengladbach,<br>Hamerhütte 19  |
| × | × | Prof. Dr. med. Franz-Adolf Horster,<br>4 Düsseldorf,<br>Moorenstraße 5,<br>2. Med. Klinik  |
| × | × | Dr. med. W. Jung,<br>Bertha-Krankenhaus,<br>414 Rheinhausen/Krs. Moers,<br>Maiblumenstraße 5   |
| × | × | Dr. med. H. Kellner,<br>Fried. Krupp Gemeinschaftsbetriebe,<br>43 Essen,<br>Altendorfer Str. 103   |
| × | × | Dr. med. Kurt Kirsch,<br>Betriebsarzt der August Thyssen-Hütte AG,<br>Werk Ruhrort,<br>41 Duisburg 13,<br>Friedrich-Ebert-Str. 12              |
| × | × | Dr. med. W. Kollert,<br>Ärztl. Abteilung der Farbenfahr. Bayer AG,<br>Werk Elberfeld,<br>56 Wuppertal-Elberfeld,<br>Friedrich-Ebert-Straße 332 |
| × | × | Dr. med. Walter Kriesell,<br>56 Wuppertal-Cronenberg,<br>Rennbaumer Straße 74  |
| × |   | Obermedizinaldirektor Dr. med. Gerd Lagarie,<br>43 Essen,<br>Städt. Gesundheitsamt   |
|   | × | Ltd. Med. Dir. a. D. Dr. med. Langmann,<br>433 Mülheim,<br>Wichernstraße 8   |
| × |   | Obermedizinaldirektor Dr. med. Karl Lorenz,<br>42 Oberhausen,<br>Tannenbergerstraße 11/13,<br>Gesundheitsamt                                   |
| × | × | Dr. med. Müller-Miny,<br>4 Düsseldorf,<br>Friedrichstraße 2  |
| × |   | Dr. med. U. Niemann,<br>41 Duisburg-Hamborn,<br>Kaiser-Wilhelm-Str. 100  |
| × | × | Dr. med. Dieter Peché,<br>Ltd. Werksarzt d. Rhein.-Westf. Elektr.-Werkes AG (RWE),<br>43 Essen,<br>Dreilindenstraße 39                         |
| × | × | Dr. med. Gerhard Pichmann,<br>Kreiskrankenanstalten,<br>4048 Grevenbroich  |

Ermächtigung nach  
1. StrSchV RöV

- ×      ×      ORMR Dr. med. Georg Rahm,  
Staatl. Gewerbeärzt,  
4 Düsseldorf,  
Gurlittstr. 55
- ×           Frau Dr. med. Rehm,  
Knappschafts-Krankenhaus,  
43 Essen-Steele
- ×      ×      Dr. med. K. H. Rietzkow,  
Werksarzt der Fa. Mannesmann Röhrenwerke AG,  
433 Mülheim,  
Wiesenstraße 36
- ×      ×      Prof. Dr. med. Friedrich Ritzl,  
Klinik für Nuklearmedizin am Klinikum Barmen,  
5600 Wuppertal-Barmen,  
Heusnerstr. 40
- ×      ×      Dr. med. Winfried Schack,  
Ltd. Werksarzt der Fa. Bayer AG,  
4047 Dormagen
- ×           Prof. Dr. med. E. Scherer,  
Stadt. Krankenanstalten Essen,  
43 Essen-Holsterhausen,  
Hufelandstraße 55
- ×           Dr. med. H. Schütz,  
43 Essen-Steele,  
Am Deimelsberg 39,  
Knappschaftskrankenhaus
- ×      ×      Dr. med. F. W. Schwefer,  
St. Camillus-Hospital,  
4103 Walsum
- ×           Dr. med. Johannes Steiff,  
4048 Grevenbroich,  
Schanze 1
- ×      ×      Dr. med. Hubert Steinkamp,  
4 Düsseldorf,  
Steinstraße 35
- ×      ×      Prof. Dr. med. Strötges,  
Universitätsklinikum Essen,  
43 Essen,  
Hufelandstraße 55
- ×           Obermedizinalrat Dr. med. Topp,  
565 Solingen-Höhscheid,  
Neuenkaper Straße 54,  
Gesundheitsamt
- ×           Dr. med. Trapp,  
Werksarzt der Firma T. Wuppermann GmbH,  
509 Leverkusen-Schlebusch
- ×      ×      Dr. med. E. Wüstefeld,  
in Firma Farbenfabriken Bayer AG, Werk Uerdingen,  
Ärztliche Abteilung,  
415 Krefeld-Uerdingen,  
Rheinuferstraße
- Regierungsbezirk Köln:**
- ×      ×      Dr. med. Rudolf Cipura,  
Oberregierungsmedizinalrat beim Versorgungsamt Aachen,  
51 Aachen,  
Kurbrunnenstraße 5
- ×      ×      Dr. med. Cronemeyer,  
Werksärztliche Abteilung Fa. Knapsack-Griesheim AG,  
5033 Knapsack
- ×      ×      Dr. med. J. Eich,  
Leiter des Gesundheitsdienstes der Ford-Werke AG,  
5 Köln-Niehl,  
Henry-Ford-Straße
- ×      ×      Dr. med. Alfred Engels,  
Chefarzt beim Krankenkassenverband Aachen,  
51 Aachen,  
Wilhelmstraße 45
- ×           Prof. Dr. med. E. Feinendegen,  
Institut für Medizin der Kernforschungsanlage Jülich GmbH,  
517 Jülich 1

**Ermächtigung nach  
1. StrlSchV RöV**

- |                                  |   |   |
|----------------------------------|---|---|
| ×                                | × | Dr. med. Friedhelm Gierse,<br>5 Köln-Lindenthal,<br>Geibelstraße 20   |
| ×                                | × | Dr. med. Wolfgang Heuser,<br>506 Bensberg,<br>Hauptstraße 14  |
| ×                                | × | Prof. Dr. med. Walter Hoeffken,<br>Strahleninstitut der AOK,<br>5 Köln,<br>Machabäerstraße 19–27  |
| ×                                | × | Dr. med. Hermann Jung, Medizinaldirektor<br>Betriebsarzt der Universität Köln,<br>5 Köln-Lindenthal,<br>Classen-Kappelmann-Str. 1a            |
| ×                                |   | Prof. Dr. med. Hans-Wolfgang Kayser,<br>bei den Klinischen Anstalten der Rhein.-Westf. Techn. Hochschule,<br>51 Aachen,<br>Goethestraße 27–29 |
| ×                                | × | Dr. med. Adolf Krebs<br>im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit,<br>53 Bonn-Bad Godesberg 1,<br>Kennedyallee 105–107          |
| ×                                | × | Dr. med. Hans Kühn,<br>im Kreiskrankenhaus<br>5353 Mechernich (Eifel)   |
| ×                                | × | Dr. med. Hans Küpper,<br>Leiter des Betriebsärztlichen Dienstes der Kernforschungsanlage Jülich GmbH,<br>517 Jülich 1                         |
| ×                                |   | Prof. Dr. med. Heinrich Kutzim,<br>Nuklearmedizinische Abteilung der Universitätskliniken,<br>5 Köln,<br>Joseph-Stelzmann-Straße 9            |
| ×                                | × | Dr. med. Kurt Runge,<br>53 Bonn 1,<br>Meckenheimer Allee 109  |
| ×                                |   | Dr. med. Josef Schmitt,<br>Kreisobermedizinaldirektor<br>Gesundheitsamt des Erftkreises,<br>5030 Hürth-Hermülheim,<br>Friedrich-Ebert-Str. 11 |
| ×                                | × | Dr. med. Wolfgang Stockhausen,<br>516 Düren,<br>Marienstr. 13   |
| ×                                | × | Dr. med. Josef Stosberg,<br>Ltd. Werksarzt der Rhein. Olefinwerke GmbH,<br>5047 Wesseling/Köln,<br>Talweg 26                                  |
| ×                                | × | Dr. med. Otto Tuschy,<br>Hauptamtlicher Bundesbahnoberarzt,<br>5 Köln 1,<br>Am alten Ufer 35  |
| ×                                | × | Dr. med. Elmar Waterloh,<br>Hochschularzt der Rhein. Westf. Techn. Hochschule,<br>51 Aachen,<br>Roermonder Str. 7–9                           |
| ×                                | × | Dr. med. Georg Zerlett,<br>Arbeitsmed. Zentrum der Rhein. Braunkohlenwerke,<br>5023 Köln-Weiden,<br>Wickratherhofweg 27                       |
| ×                                | × | Dr. med. Horst Zöllick<br>im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit,<br>53 Bonn-Bad Godesberg 1,<br>Kennedyallee 105–107        |
| <b>Regierungsbezirk Münster:</b> |   |   |
| ×                                | × | Dr. med. Kurt Althaus,<br>Ltd. Medizinaldirektor,<br>44 Münster,<br>Stadt. Gesundheitsamt   |
| ×                                | × | Dr. med. J. Große-Vorholt,<br>Marien-Hospital Borken,<br>428 Borken   |

**Ermächtigung nach  
1. StrSchV RöV**

×		Dr. med. Karl Herweg, Chemische Werke Hüls AG, 437 Marl
×	×	Prof. Dr. med. Th. Hettinger, Betriebsarzt, Rheinstahlwerke AG, Bau- und Wärmetechnik, 465 Gelsenkirchen, Wannerstr. 180
×	×	Dr. med. Werner Jacob, Bahnarzt, 44 Münster, Hittorfstraße 21
×		Dr. med. Kurt Krautzun, 425 Bottrop, Knappschaftskrankenhaus
×	×	Dr. med. Lambert Menke, Clemens-Hospital, 44 Münster, Duesbergweg
×	×	Dr. med. C. Montag, 439 Gladbeck, St.-Barbara-Hospital, Barbarastraße 1
×	×	Prof. Dr. med. Werner Rübe, 435 Recklinghausen, Westerholter Weg 82
×	×	Dr. med. Otfried Schmidt, Fa. Scholven Chemie AG, 466 Gelsenkirchen-Buer, Uhlenbrockstraße 14
×		Dr. med. Anton German Schmitt, Medizinische Klinik der Universität Münster, 44 Münster
×	×	Dr. med. Wolfgang O. Schröder, 427 Dorsten, Katharinenstraße 12
×		Dr. med. Henning Vosberg, Med. Klinik der Universität Münster, 44 Münster
×		Dr. med. Heinz Wiesmann, 465 Gelsenkirchen, Knappschafts-Krankenhaus

– MBl. NW. 1976 S. 231.

**Justizminister**

**Berichtigung**

zur Bek. d. Justizministers v. 8. 1. 1976  
(MBl. NW. S. 119)

**Geschäftsverteilungsplan des Oberverwaltungsgerichts  
für das Land Nordrhein-Westfalen  
für das Geschäftsjahr 1976**

Unter XV. Senat – Landesberufsgericht für Architekten –  
muß es richtig heißen:

Verfahren nach dem Gesetz über die Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ .... vom 4. Dezember 1969 (GV. NW. S. 888), geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504) – SGV. NW. 2331 –.

– MBl. NW. 1976 S. 237.

**Landschaftsverband Rheinland****Bekanntmachung  
des Landschaftsverbandes Rheinland**

Betr.: Jahresrechnung 1974

Die Landschaftsversammlung Rheinland hat am 15. Dezember 1975 folgenden Beschuß gefaßt:

- „1. Die Landschaftsversammlung nimmt den Schlußbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 1974 zur Kenntnis.“

Die Jahresrechnung 1974 schließt wie folgt ab:

Einnahmen insgesamt	2296148581,63 DM
Ausgaben insgesamt	2323030109,29 DM
Soll-Fehlbetrag	26881527,66 DM

Von dem vorstehenden Soll-Fehlbetrag entfallen rd. 22,3 Mill. DM auf den Verwaltungshaushalt und rd. 4,6 Mill. DM auf den Vermögenshaushalt.

2. Die Landschaftsversammlung erteilt gemäß § 7 Buchstabe e) und § 25 (2) der Landschaftsverbandsordnung in Verbindung mit § 81 GO NW für die Jahresrechnung 1974 Entlastung.“

Der vorstehende Beschuß wird hiermit gemäß § 81 (2) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 25 (2) der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und § 15 der Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland öffentlich bekanntgemacht.

Die Jahresrechnung 1974 mit Rechenschaftsbericht liegt zur Einsichtnahme von Mittwoch, den 3. März 1976 bis Donnerstag, den 11. März 1976, jeweils von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr, im Landeshaus Köln-Deutz, Kennedy-Ufer 2, Zimmer 479, öffentlich aus.

Köln, den 3. Februar 1976

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland

In Vertretung  
Dr. Fischbach

– MBl. MW. 1976 S. 238.

**Hinweis****Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Nr. 3 v. 1. 2. 1976

(Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM zuzügl. Postkosten)

**Allgemeine Verfügungen**

Bezeichnung der Gerichte und der Behördenleiter von Gerichten . . . . .	25
Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Schöffen und Jugendschöffen . . . . .	25
Berichtigung der AV d. JM vom 22. August 1975 (2424 – IV B. 2) – JMBI. NW S. 209 – betr.: Richtlinien für die Sozialarbeiter bei den Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen . . . . .	30
<b>Personalnachrichten</b> . . . . .	30
<b>Gesetzgebungsübersicht</b> . . . . .	32

**Rechtsprechung****Öffentliches Recht**

VwGO § 80 II; GebG NW § 22 I. – Wenn sich die Behörde trotz Eintritts der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs eines Vollziehungsrechts beruhmt (ohne eine Vollzugsanordnung nach § 80 II Nr. 4 VwGO erlassen zu haben), ist vorläufiger Rechtsschutz durch Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs nach § 80 V Satz 1 VwGO zu gewähren. – Die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs gegen die Ablehnung eines Baugenehmigungsantrags erstreckt sich auch auf die hierfür erfolgte, mit der Ablehnung verbundene oder von ihr getrennte Gebührenfestsetzung.

OVG Münster vom 29. August 1975 – II B 615/75 . . . . . 35

– MBl. NW. 1976 S. 238.

**Einzelpreis dieser Nummer 4,20 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.